

---

## Blinde Flecken beleuchten und integrieren für ein friedliches Miteinander der Menschheit – Was kann die Münchner Sicherheitskonferenz beitragen?

### 4. Munich Peace Meeting – 7. Oktober 2022 – Bericht

#### Munich Peace Meeting

Im Vorfeld der jährlichen Münchner Sicherheitskonferenz hat unser Verein zum vierten Mal in Folge das Munich Peace Meeting (MPM) organisiert, ein Treffen von Expert:innen aus den Bereichen Friedensforschung/-wissenschaft, Friedensarbeit sowie der Friedensbewegung und dem Team der MSC, um über aktuelle Themen zu diskutieren und Impulse in Bezug auf Themen und Referent:innen für die nächste MSC zu geben. Es fand am 07. Oktober 2022 mit 40 Teilnehmenden statt.

**Zeitenwende** – das Wort vermittelt den Eindruck als hätte sich etwas außerhalb unseres Einflussbereiches verändert: die Zeit hat sich gewendet. Doch auf diese Art und Weise trennen wir uns ab von dem, was geschieht, geben es in ein Außen, und leugnen unsere Verantwortung.

Die Zeiten haben sich geändert, wir müssen reagieren. Doch auch dies spiegelt nicht die Realität wider: Zeit schreitet einfach voran, wir können sie gestalten. Zeit kann sich nicht wenden, wir können immer den aktuellen Moment nutzen, um beizutragen.

Auch historisch hat sich die Zeit nicht gewendet. Wende hieße für mich: es geschieht etwas anderes. Kriege hat es jedoch schon viele Jahrhunderte gegeben. Laut der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung fanden allein 2021 weltweit 22 Kriege und 6 sogenannte bewaffnete Konflikte statt.

Wie kann es zu echter Veränderung kommen? Zu Weiterentwicklung? Dazu, dass Menschen sich anders verhalten, friedlich miteinander leben, (territoriale) Grenzen respektieren? Beim diesjährigen **Munich Peace Meeting** haben wir uns mit unseren blinden Flecken beschäftigt, von denen nicht nur die MSC, sondern wir alle auf die ein oder andere Art befallen sind. Es sind mit Sicherheit längst nicht alle. Wir freuen uns, wenn Sie uns auf weitere aufmerksam machen. Ein Anfang ist gemacht. Im Folgenden finden Sie Inhalte aus den einzelnen Impulsen.

#### **Unerwünschte politische Kontinuitäten – Transgenerationale Folgen kollektiver Traumata – Prof. Dr. Angela Moré, Leibniz Universität Hannover**

Wiederkehrende Muster in der Geschichte lassen auf ein unverarbeitetes transgenerationales Erbe schließen, welches sich im Sinne eines Wiederholungszwangs reproduziert. Nicht integrierte Traumata werden von Generation zu Generation weitergegeben, sei es durch bewusste sprachliche oder nonverbale Signale, aber vor allem durch unbewusste Botschaften. Darin sind wechselseitige Übertragungen, Projektionen, unbewusste Identifikationen und Abwehrreaktionen enthalten. Kriegerische Konflikte spielen eine Schlüsselrolle in der kollektiven Erinnerung und deren transgenerationaler Weitergabe. Diese geschieht sowohl innerfamiliär als auch in der Großgruppe (ethnische,

religiöse oder ideelle Gemeinschaften). Die emotionale Bedeutung dieser Schicksalsgemeinschaften führt zur gemeinsamen Entwicklung bestimmter Bilder und Erzählstränge über das eigene Schicksal. Es ist auf dem Hintergrund des Wissens über solche Zusammenhänge sinnvoll anzunehmen, dass z.B. die Söhne der Verlierer des Ersten Weltkriegs in Deutschland den direkten oder indirekten Auftrag hatten, die Beschämung und Schande des verlorenen Krieges wieder gut zu machen. Es bilden sich zudem Narrative über das heraus, was als ruhm- und erfolgreich angesehen wird und zur positiven Identifikation mit der Großgruppe dient (Großgruppenidentität). Dass z.B. Putin seine sich selbst geschaffenen Feinde in der Ukraine als Faschisten bezeichnet, ist nicht nur ein Versuch der Entwertung und Kriminalisierung des Gegners, sondern beschwört in der eigenen Großgruppe die Erinnerung an den Sieg über Nazi-Deutschland durch die Rote Armee – und dieser Sieg gehört zu den bedeutendsten Ruhmesblättern der jüngeren russischen Geschichte.

Gesellschaftliche und internationale Konfliktbearbeitung funktioniert nur nachhaltig, wenn Traumata integriert werden. Selbstreflexion ist der Schlüssel. Wie diese Selbstreflexion aussehen kann, zeigt die in Deutschland geübte Praxis der zumindest öffentlichen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, wobei dieser Prozess in vielen Fällen die Familien und die Auseinandersetzung mit den Schuldverstrickungen der eigenen Vorfahren noch nicht erreicht hat, während die traumatischen Erlebnisse häufig vermittelt wurden – auch als Stellvertretung für die Schuld und Scham, als seien diese dadurch schon gesühnt oder relativiert. Vieles lässt sich lernen aus den Prozessen, die mit Hilfe von Wahrheits- und Versöhnungskommissionen z.B. in Südafrika oder in lateinamerikanischen Ländern vollzogen wurden. Es braucht zunächst Trauma-Bewusstheit in Politik und Zivilgesellschaft, gefolgt von Trauma-Informiertheit. Dann können wir uns der Trauma-Heilung zuwenden in Form von offenem Aussprechen und Anerkennen des Geschehenen. Nur so können wir aus der Geschichte lernen und mit diesem Wissen neue Wege beschreiten.

---

**Handels- und Investitionspolitik als geostrategisches Instrument? – Der neue Wettlauf um Afrika,**

***Dr. Boniface Mabanza Bambu, Koordinator Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika in der Werkstatt Ökonomie/Heidelberg***

Europäische Firmen kontrollieren den Bananenhandel in Afrika (Elfenbeinküste, Ghana, Kamerun). Sie kaufen Bananen auf, um sie dann in Europa gewinnbringend weiterzuverkaufen. Präferenzielle Bedingungen, Zoll Ausnahmeregelungen etc. an die afrikanischen Länder, ausgehandelte Freihandelsabkommen und Wirtschaftspartnerschaften beruhen auf Gegenseitigkeit: Wenn afrikanische Länder in Europa Konzessionen bekommen, müssen sie im Gegenzug ihre Märkte öffnen für Unternehmen aus der EU. Europäische Firmen reizen diese Abkommen aus oder agieren weit darüber hinaus aus Angst, dass der Aufstieg Chinas, Indiens, Brasiliens, Südafrikas auf dem afrikanischen Kontinent die europäischen Interessen gefährdet.

Nordafrika ist Teil des Mittelmeerabkommens. Weitere Abkommen gibt es mit Westafrika, Zentralafrika, der Region Ostafrika, der Region ESA sowie dem südlichen Afrika.

Ehemalige Kolonien bleiben so weiter von der EU abhängig, und das AKP (Afrika, Karibik, Pazifik) Abkommen missachtet die Afrikanische Union, da Nordafrika nicht beteiligt wird. Kontinentale Integration wird verhindert, Zersplitterung durch Abtrennung Nordafrikas gefördert.

EPAs bringen den afrikanischen Ländern durch die Marktöffnung für europäische Firmen nur Nachteile. So haben sich z.B. EU Agrarimporte nach Afrika von 2000 – 2015 mehr als verdoppelt, wohingegen Importe afrikanischer Güter in die EU stagnieren oder zurückgehen. Afrikanische Produzenten können der Konkurrenz aus dem EU Markt nicht standhalten (Tomaten, Hähnchen- und Schweinefleisch). Kleinbäuerliche Betriebe müssen schließen.

Die kolonial geprägten Warenströme änderten sich seit 1963 kaum, es geht vorwiegend um Rohstoffexporte, wohingegen EU verarbeitete Produkte nach Afrika verschickt, wie z.B. Maschinen und Fahrzeuge. Südafrika besitzt 80% der weltweiten Platinvorkommen, die Platinverarbeitung findet jedoch hauptsächlich in Deutschland (BASF) statt.

Afrika möchte die Abkommen so gestalten, dass Wertschöpfungsketten im eigenen Kontinent entstehen. Die Abkommen verhindern so etwas jedoch.

Die Abschaffung von Zollzahlungen, -verminderung etc. lässt zudem die Staaten Geld verlieren, welches sie dann nicht in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur etc. investieren können.

Die Abkommen haben ein geostrategisches Element: sie nutzen diese Abkommen, um China Konkurrenz zu machen.

Die Meistbegünstigungsklausel verhindert, dass afrikanische Länder ihre strategischen Partnerschaften diversifizieren.

In den 1970er Jahren verdrängen subventionierte EWG Weizenexporte die lokalen Getreidesorten wie Hirse und Sorghum. Vor allem die französischen Importe beeinflussen die Essgewohnheiten der Einwohner:innen ((Symbol der Zugehörigkeit oder Modernität): Weizenbaguette anstatt Sorghumfladen. Gleiches ist zu beobachten bei verarbeiteter Milch. Die lokalen Produzent:innen von Milch werden von den eigenen Märkten verdrängt. Deutsche Unternehmen kaufen Rohkakao und machen damit 1 Milliarde Umsatz in Deutschland. Unter den 30 größten Kakaoexporteuren findet sich kein afrikanisches Land, obwohl Ghana und die Elfenbeinküste für mehr als 80% der Produktion von Kakaobohnen zeichnen.

Eine Verschiebung der Wertschöpfungsketten findet nicht statt. Afrikanische Länder erhoffen sich durch Diversifizierung der Partnerschaften vor allem Richtung China neue Impulse, doch genau das wird durch die Abkommen konterkariert.

Die Global Gateway Initiative verspricht 300 Milliarden aus der EU als Investition für Infrastruktur, u.a. mit einer Wasserstoff Partnerschaft (Namibia, Angola, Algerien). Die Initiative lässt sich als Antwort auf die chinesische Seidenstraße deuten (Auswahl der Sektoren, Gesamtlogik des Projektes). Es gibt einen neuen Wettlauf um afrikanische Ressourcen. Mit der Energiewende braucht es Kobalt (Ghana, Kongo, Sambia), um Wasserstoff zu produzieren.

Der Kontinent wird dabei nicht mitgedacht, sondern die EU hat nur China im Blick. Energiearmut ist jedoch auch ein Problem in Afrika. Die Energieproduktion wird für den Eigenbedarf benötigt.

Europäische Privatunternehmen sind hauptverantwortlich, dass viel Geld den afrikanischen Kontinent verlässt. Der Gewinn mit Rohstoffen aus Afrika ist um ein Vielfaches höher als die Entwicklungshilfeszahlungen, die nach Afrika fließen.

Handel ist Krieg – schon jetzt werden amerikanische und wohl auch chinesische Truppen an Rohstoff- strategischen Punkten in Afrika stationiert.

**Über eine faire und nachhaltige Globalisierung,**

**Wolfgang Kessler, Ökonom, Chefredakteur von Publik-Forum (1999-2019),  
ausgezeichnet mit dem Bremer Friedenspreis 2007 und dem Walter Dirks Preis 2021**

Die Globalisierung, wie wir sie kennen, ist an ihr Ende gekommen ökonomisch, ökologisch und politisch (Energieknappheit, Armut, Trockenheit, Lieferengpässe). Jetzt braucht es eine Agenda für eine faire und nachhaltige Wirtschaftsweise. Die Krise zeigt etwas Grundsätzliches: nämlich dass sich ein Wirtschafts- und Wohlstandsmodell zum Ende neigt. Pandemie, Klimakrise und der Ukrainekrieg bringen die schwerwiegenden sozialen und ökologischen Folgen dieses Wirtschaftsmodells ebenso ans Tageslicht wie die Verletzlichkeit der Weltwirtschaft insgesamt. Die Globalisierung gilt als Erfolgsmodell: Armut sowie die Zahl der Analphabeten sind stark gesunken; immer mehr Mädchen haben Zugang zu Bildung, die Müttersterblichkeit ist ebenso zurückgegangen wie die Kindersterblichkeit.

Doch inzwischen schlägt die Globalisierung auf ihre Urheber zurück: Jetzt beweisen zunehmende Naturkatastrophen, wie sehr sich die Klimakrise zuspitzt. Seit Russland das Gas verknappt und die fossilen Energien teurer werden, bedrohen steigende Preise den Wohlstand. Gleichzeitig wird allen bewusst, dass ein beträchtlicher Teil der Rohstoffe für unseren Wohlstand aus totalitären Diktaturen wie Russland oder China stammt. Dazu kommen die Nachteile weltumspannender Lieferketten: unmenschliche Arbeitsbedingungen in Fabriken ebenso wie Hungerlöhne oder ausbeuterische Kinderarbeit. Die Abholzung der Regenwälder, die Ausrottung von Tieren und Pflanzen, die Erosion vieler Böden und die Vermüllung der Meere sind Folgen des Industriekapitalismus, den die Globalisierung über die ganze Welt verbreitet.

Wir benötigen eine neue Agenda für die nationale Wirtschaftspolitik und andere Rahmenbedingungen für die Globalisierung.

1. Reichtum umverteilen

Es braucht den Mut, Reichtum von Gewinnern zu den Verlierern umzuverteilen und die sozialen Benachteiligten vor Härten besonders zu schützen.

Die gegenwärtige Energiekrise bietet dafür einen Testfall: Wie wäre es stattdessen, jeder Person, Kinder eingeschlossen, eine bestimmte Grundmenge an Heizöl oder Gas zu einem niedrigen Festpreis zur Verfügung zu stellen? Für jede darüber hinaus konsumierte Menge würde dann der Marktpreis fällig. Das wäre ein erster Schritt zu Klimagerechtigkeit. Dazu müssen andere Schritte der Umverteilung kommen: eine höhere Erbschaftssteuer, Finanztransaktionssteuer und höhere Spitzensteuersätze oder eine Steuer auf zufällige Gewinne. Wenn Wachstum nicht mehr möglich ist, setzt Gerechtigkeit voraus, dass Krisengewinner stärker besteuert werden, um Krisenverlierer zu entlasten.

2. Regionalisierung der Wirtschaft

Um unabhängiger und damit weniger erpressbar von diktatorischen Regimen zu werden, wäre ein erster Schritt die Förderung der regionalen Wirtschaft. Das würde eine kleinräumigere Landwirtschaft aufwerten, die mit weniger Futtermitteln und Rohwaren aus Niedrig-Kosten-Länder auskommt, weil sie mehr Rohstoffe und Futtermittel aus der Umgebung verarbeitet. Und es braucht eine ökologische Industriepolitik – auf der Grundlage erneuerbarer Energien. Zudem wäre dafür zu sorgen, dass künftig viel mehr Solarmodule, Windkraftanlagen, Computerchips und Batterien in der Europäischen Union hergestellt werden.

### 3. Fairhandel statt Freihandel

Fairer und nachhaltiger wird die (Textil-) Wirtschaft erst, wenn sie in neue Regeln eingebunden wird: Zollfrei dürfen nur Waren wie Baumwolle oder Fertigprodukte wie Jeans gehandelt werden, die unter Wahrung der Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, also zu gerechten Löhnen, unter Gewerkschaftsfreiheit und ohne Kinder- und Zwangsarbeit hergestellt wurden. Zollfrei wird dann nur noch Baumwolle gehandelt, die nachhaltig unter geringem Wasserverbrauch und ohne Pestizide angebaut wird.

### 4. Klimaschutz in allen Vereinbarungen

Eine nachhaltige Entwicklung setzt voraus, dass Wirtschaft, Umwelt und Klima gleichrangig behandelt werden. Erst wenn die Ziele des Pariser Klimaabkommens oder des Übereinkommens zur biologischen Vielfalt auch in Handelsverträgen Geltung finden, wird die Globalisierung zukunftsfähig.

### 5. Gerechte Lieferketten

Und nicht zuletzt braucht es gerechte Lieferketten zum Schutz der Menschenrechte.

Das heißt: Wenn die Politik und die Bürgerinnen und Bürger aus diesen großen Krisen wirklich echte Lehren für eine gerechtere und nachhaltigere Globalisierung ziehen wollen, braucht es viel Mut. Den Mut der Politik, die Macht der Mächtigen und das Vermögen der Vermögenden einzuschränken, um die Schwächeren zu stärken. Den Mut, einem Welthandel, der nur auf die Senkung der Produktionskosten codiert ist, Regeln und Standards für Fairness und Nachhaltigkeit einzupflanzen. Und den Mut der Bürgerinnen und Bürger, diesen Weg zu Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit mitzutragen, auch wenn sie für fairer gehandelte und nachhaltig produzierte Waren höhere Preise zahlen müssen.

### **Utopie ? : Feministische Münchner Sicherheitskonferenz, Victoria Scheyer, Leibniz Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung/Women's International League for Peace and Freedom**

Die MSC engagiert sich seit Jahren für einen höheren Frauenanteil, das Gros der Mitarbeitenden bei der MSC ist weiblich. Doch gestalten dadurch Frauen die Konferenz wirklich mit? Bringen Frauen in Machtpositionen weibliche Perspektiven ein oder vertreten sie ähnliche männliche Prinzipien wie ihre Amtskollegen? In Bezug auf feministische Ansätze in Politik und Zivilgesellschaft ist der Frauenanteil ein wichtiger und gleichzeitig nur kleiner Anteil. Denn es geht bei einer feministischen Perspektive um deutlich mehr:

- Wer wird von Entscheidungsprozessen über Außen- und Sicherheitspolitik ausgeschlossen bzw. eingeschlossen?
- Um wessen Sicherheit geht es und um wessen nicht?
- Was sind die verschiedenen Formen von Gewalt / Konflikt? Welche stehen im Mittelpunkt, welche sind ausgeschlossen?
- Welches ist das der Diplomatie zugrunde liegende Machtsystem?

Diplomatische Räume sind geprägt von männlichen Perspektiven. Die Auswirkungen lassen sich auf drei Ebenen feststellen:

- Symbolische Ebene: Normative Ideen über Männlichkeit(en) bedingen Entscheidungsprozesse und Policymaking. Männliche Perspektiven zeigen sich in

Themen & Sprache (Verteidigung, Globale Ordnung, Sicherheitsbegriff, Technologie, militärische Legitimation), sowie der weiten Verbreitung von „Othering“.

- Individuelle Ebene: Diplomat:innen und Politiker:innen sind vorwiegend männlich und weiß (westlich).
- Strukturelle Ebene: Der Zugang zur MSC ist elitär, es gibt keine demokratisch gewählten Repräsentant:innen. Geld dient als Machtmittel. Es herrschen hierarchische Entscheidungsfindungsstrukturen vor.

Feministische Ansätze in der Außen- und Sicherheitspolitik beinhalten auf der

- symbolischen Ebene: ein Bekennen zu „feministischen“ Prinzipien; das Zeichen setzen gegen Anti-Feminismus; dass vermeintlich „private“ Themen wie partnerschaftliche Gewalt, Recht auf Abtreibung in Verbindung mit Außenpolitik gebracht werden; eine friedensbewegte Sprache verwendet wird; neue Narrative über Sicherheit und Geschlechterrollen geschaffen werden; sowie Menschenrechte geschlechtersensibel behandelt werden;
- Individuellen Ebene: mehr Frauen und marginalisierte Gruppen in Entscheidungspositionen zu bringen;
- Strukturellen Ebene: Beteiligungs- und Partizipationsräume zu schaffen; Finanzierungen und Sicherheitsbudgets zur Verfügung zu stellen; Betroffene, lokale NGO's und die feministische Zivilgesellschaft miteinzubeziehen; Gesetze anzupassen.

Es muss aufhören, dass nur Frauen über Frauen-Themen sprechen.

Anliegen von Frauen dürfen gesellschaftlich als auch auf der MSC nicht als Beiwerk gesehen, sondern müssen bei allen Themen eingebracht und mitgedacht werden. Dies könnte u.a. dadurch umgesetzt werden, dass Betroffene sich zu Wort melden auf der MSC und die, die in Unsicherheit leben, repräsentiert sind.

### **Frieden und Sicherheit – Erwartungen an die Nationale Sicherheitsstrategie,**

**Christoph Bongard, Forum ZFD, Leiter Kommunikation und Politik**

Der Koalitionsvertrag 2021-2025 sieht vor, dass im ersten Jahr der Bundesregierung eine umfassende Nationale Sicherheitsstrategie vorgelegt wird. Das ist angesichts der Kürze der Zeit sehr ambitioniert.

Frau Baerbock benennt folgende Kernpunkte:

- Die Unverletzlichkeit unseres Lebens (Gefahrenabwehr von Bedrohungen der deutschen Bevölkerung)
- Die Sicherheit der Freiheit unseres Lebens (Demokratie und das Recht über ein Leben in Freiheit selbst entscheiden zu können, Rechtsstaatlichkeit und Werte)
- Sicherheit der Grundlagen unseres Lebens (Klimawandel, Hunger, Armut), gemeinsame Bedrohungen auf der ganzen Welt

Die Nationale Sicherheitsstrategie ist auf einen Zeitraum von 5 - 10 Jahren ausgelegt und wird vermutlich auf der MSC 2023 vorgestellt.

Folgende Friedenspolitische Perspektiven sind wichtig in der Nationale Sicherheitsstrategie zu verankern:

- Ein Denken allein in geopolitischen Kategorien sowie ein neuer Systemwettbewerb sollte vermieden werden; eine Weltsicht, die lediglich zwischen Autokratien und Demokratien unterscheidet, wird den komplexen weltweiten Herausforderungen (Klimakrise, Biodiversitätskrise, nukleare Bedrohung) nicht gerecht.
- Es braucht ein Bekenntnis zu einer kooperativen, multilateralen Weltordnung.
- Die menschliche Sicherheit sollte im Zentrum stehen.
- Deutschland sollte einen Gestaltungsanspruch bei Abrüstung und Rüstungskontrolle kundtun.
- Die Zivilgesellschaft im An- und Ausland sollte als wichtige Partnerin verstanden werden, die es zu fördern gilt. Die Erfahrung zeigt, dass zivilgesellschaftliche und religiöse Initiativen Demokratisierungsprozesse wieder in Gang bringen sowie Kontakte pflegen, da wo Gespräche auf höherer Ebene gerade nicht möglich oder nicht gewünscht sind.
- Es muss das „Do-no-harm“-Prinzip im Rahmen eines friedenspolitisch kohärenten Ansatzes umgesetzt werden, sodass z.B. erfolgreiche Projekte des Entwicklungsministeriums nicht durch Rüstungsexporte, Sicherheitspolitik o.ä. wieder zunichte gemacht werden.

Generell sollte die Friedensperspektive immer Teil einer Sicherheitsstrategie sein, da aus ihr andere/weitere Handlungsempfehlungen generiert werden können.

Die MSC 23 könnte ein Ort sein, an dem die Nationale Sicherheitsstrategie auch mit anderen Ländern und Partner:innen diskutiert wird, u.a. mit dem globalen Süden.

#### **Weltordnung im Wandel. Die geostrategische Rivalität zwischen den USA und China und die Folgen für Europa,**

**Prof. Dr. Thomas Heberer, Institut für Ostasienwissenschaften, Universität Duisburg-Essen**

1. Kurzeinschätzung Chinas: Im Inneren ist China autoritärer, nach Außen herausfordernder geworden. China bezeichnet sich selbst als Entwicklungsstaat: von oben nach unten wird der Staat zielgerichtet modernisiert. China bemüht sich die US-Eindämmungspolitik zu konterkarieren.
2. Wandel durch Handel – Ernüchterung im Westen: Die Annahme „Wandel durch Handel“ führe zu fundamentalem Wandel des chinesischen Systems hat sich nicht erfüllt; von der „Werkbank der Welt“ hat sich China zum ökonomisch-technologischem Konkurrenten entwickelt, verbunden mit geopolitischen Herausforderungen.
3. Chinesisch-amerikanische Beziehungen: Die USA möchte alleinige Weltmacht bleiben, China ist ihr größter Konkurrent. China sieht die USA als das Land, das ihren Aufstieg verhindern möchte, und versucht es einzudämmen, zu isolieren. Beide reagieren auf jeweilige Vorhaben des Gegenübers, bei beiden ist keine Strategie zu erkennen, beide Seiten definieren Zurückhaltung als Zeichen der Schwäche, beide sind der Überzeugung es müsse und werde zum Konflikt kommen.
4. Was ist notwendig?
  1. ein institutionalisierter, regelmäßiger Austausch auf höchster Ebene;
  2. ein Dialog über „rote Linien“,
  3. Krisenmanagement sowie Risikoreduzierung;
  4. ein Dialog über die Zukunft der Weltordnung und eine gemeinsame globale Vision;
  5. Kommunikation (mehr als Austausch von Drohungen) - erfordert Reziprozität;

6. Akzeptanz auf Seiten der USA, dass China ein Recht auf Aufstieg hat und einen eigenen politischen Weg geht;
7. beide sollten begreifen, dass ein Konflikt eine loose-loose Situation ist
5. Folgen: Die gegenwärtige US Politik gegenüber China ist konfliktiv, nicht strategisch. Die Gefahr militärischer Auseinandersetzung wächst. Die US Politik untergräbt letztlich die bestehende Weltordnung, und stärkt damit die Allianz China- Russland. Diese Allianz ist asymmetrisch und bislang relativ. Die US-Eindämmungspolitik hat China zur Gründung alternativer, internationaler Organisationen veranlasst.
6. China: Bedrohung für die USA? China ist primär mit sich selber beschäftigt, zugleich stabiler als die Sowjetunion. 2035 wird China weltgrößte Wirtschaftsmacht sein. Das pro-Kopf Einkommen wird weit hinter den USA liegen, die Arbeitsproduktivität liegt bei nur 1/7 der USA. China ist keine herausfordernde Soft-Power und kein Exporteur von Ideologie. Die größte Herausforderung liegt in der Technologieentwicklung, es bleibt die erhebliche ökonomische gegenseitige Abhängigkeit voneinander.
7. Erwartungen Chinas an den Westen: China wünscht sich Beziehungen auf Augenhöhe. Der Westen soll Chinas Aufstieg und seine Kerninteressen respektieren. China möchte Kooperation in globalen Problemfeldern und Dialog statt Konfrontation
8. Europäische Chinapolitik: China ist für Europa sowohl Kooperationspartner als auch Konkurrent und systemsicher Wettbewerber. Die wertebasierte Außenpolitik Europas führt dazu, dass Investitionsabkommen eingefroren werden und mit Sanktionen gearbeitet wird. Die ausgerufene Zeitenwende beinhaltet nur noch Beziehungen mit demokratischen Staaten zu führen. Die wirtschaftlichen und technologischen Verflechtungen mit autokratischen Staaten sind jedoch viel dichter als zur Zeit des Kalten Krieges.
9. Europäische Überlegungen: Eine Entkopplung von China ist unmöglich. Es bedarf der Entwicklung einer langfristigen strategischen Sicherheits- und China-Strategie. Eine Fortführung des Dialogs mit China ist wichtig, es fehlen jedoch Kommunikationskanäle auf unterschiedlichen hierarchischen Ebenen. Es braucht eine Kooperation in zentralen globalen Fragen.
10. Deutsche Chinapolitik: Deutschland steht vor einem Dilemma: einerseits ist China ein sehr wichtiges Export- und Importland, andererseits soll die traditionelle Allianz mit USA fortgesetzt werden; Merkel verfolgte die Politik „Umarmung statt Beschimpfungen“ (Kooperation in globalen Fragen; Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt rücken; Unterschiede kein Grund Austausch, Dialog und Zusammenarbeit einzustellen; Koordinierung der Entwicklungspolitik in Afrika, Beteiligung an neuer Seidenstraße) Die neue Bundesregierung hat noch keine China-Strategie.
11. Problematische Faktoren im Hinblick auf den Westen und China:
  1. Von Seiten des Westens gibt es die Unterscheidung in „gute Demokratien“ versus „böse Autokratien“, - da ist ein Mehr an Differenzierung notwendig.
  2. Der einseitige Schulterchluss mit den USA führt zu mehr Spaltung.
  3. Die wertegelitete Außenpolitik ist problematisch, denn Außenpolitik ist immer auch Interessenpolitik.
  4. Es fehlen Kommunikations- und Dialogkanäle.
  5. Es herrschen Doppelstandards in Bezug auf den Umgang mit Autokratien (u.a. Hinblick auf Saudi Arabien, Arabische Emirate)
  6. Aktuell gibt es in 34 Ländern (z.T. erodierende) Demokratien, das sind 13% der Weltbevölkerung. Ausschließlich mit Demokratien zu kooperieren, ist daher unrealistisch.

12. Kommunikationsprinzipien EU-China:

1. Verantwortungsethik statt Gesinnungsethik,
2. Dialogbereitschaft & Dialogkompetenz,
3. Multiple Kommunikationsstrukturen (direkte Kommunikation niemals abbrechen lassen; nicht Fordern sondern Angebote verhandeln; Konsens über gewünschte Zukunft entwickeln; Kultur- und Sportveranstaltungen, humanitäre Aktionen, Wissenschaftsaustausch, Städtepartnerschaften kultivieren)

**Kolonialkontinuität und Neokolonialismus als neue Unsicherheitsgefahr und Ursache für bewaffnete Konflikte, Gbeognin Mickael HOUNGBEDJI, Doktorand an der „Bayreuth International Graduate School of African Studies“ der Universität Bayreuth**

Afrika ist nach Einwohner:innenzahlen der zweitgrößte Kontinent, fast doppelt so groß wie Europa. Nach Prognosen wird sich die Bevölkerungszahl in Afrika bis 2100 verdreifacht haben und damit 6,7mal soviel betragen wie in Europa. Gleichzeitig sind wir weit entfernt von einem Verhältnis auf Augenhöhe. Der blinde Fleck besteht darin, dass u.a. die westlichen Länder sich als Wertegemeinschaft definieren und gleichzeitig gegenüber Afrika eine Politik der Kolonialismuskontinuität und des Neokolonialismus betreiben.

1. Koloniale Mentalität und Kolonialismus

Die koloniale Mentalität zeichnet sich dadurch aus, dass die ersten Bewohner:innen eines Landes nicht als solche wahrgenommen, sondern vielmehr als „primitive“ Lebewesen gesehen und mit der Natur, in der sie integriert sind, verwechselt werden. Dieses Bild über Ureinwohner:innen wird über Generationen weitergegeben. Das Ziel der Entmenschlichung ist die Ausbeutung, sowohl der Natur als auch der dort lebenden Menschen. Folgen kolonialer Mentalität ist die Unterschätzung von Kriegen, das Ignorieren der Opfer. Es erfolgt keine Aufarbeitung wie Ursachenforschung oder Konflikttransformation. Die Konflikte werden sogar im Gegenteil am Laufen gehalten.

2. Bewaffnete Konflikte in der kolonialen Kontinuität

Nicht nur der, der Krieg führt, trägt Verantwortung für den Konflikt, seine Lösung oder Fortsetzung, sondern auch der, der es unvermeidbar gemacht hat, dass dieser Krieg geführt wird, indem er Waffen liefert, Konflikte billigend in Kauf nimmt, um günstiger an Rohstoffe zu kommen oder sonstige Vorteilsnahme daraus zieht.

3. Konflikte aufgrund von Konkurrenz in Bezug auf Rohstoffe auf dem afrikanischen Kontinent

China, die USA, Japan und andere arbeiten bereits zügig an der Sicherung der künftigen Versorgung, der Diversifizierung der Bezugsquellen durch Partnerschaften mit rohstoffreichen Ländern und der Entwicklung ihrer internen rohstoffbasierten Wertschöpfungsketten. Die EU erhöht ebenfalls ihre Anstrengungen, um für eine sichere und nachhaltige Versorgung mit Rohstoffen zu sorgen. Zudem tragen westliche private Mächte (Wirtschaft) an den Kriegsdynamiken bei.

**Doppelstandards – Wo messen wir mit zweierlei Maß?,**

**Dr. Lars Pohlmeier, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW)**

Viele, wenn nicht sogar alle, internationalen Verträge zur Rüstungskontrolle in den letzten zwanzig Jahren sind durch die USA gekündigt worden. Wir als Deutsche nehmen dies vielleicht als Bagatelle wahr, Russland und andere Länder hingegen schließen daraus, dass der Westen nicht zuverlässig in Bezug auf das Einhalten von Verträgen ist. Wie kann es sein, dass es so große Widerstände auf Seiten der Nato Länder gibt, den

**Atomwaffenverbotsvertrag** zu unterzeichnen? Wie bekommt man es in der deutschen Regierung zusammen, die Verpflichtung des Atomwaffenverbotsvertrags einzuhalten und gleichzeitig neue Atomwaffen in Deutschland zu stationieren. Außenministerin Baerbock sieht darin einen Spagat, Russland schätzt es vermutlich eher als Rechtsverstoß ein. Wir geben vor, eine Moralität zu vertreten (wertgeleitete Außenpolitik), der wir mit unserem eigenen Handeln an diesen Stellen nicht gerecht werden.

**Internationale Rechtsbarkeit:** Wir fordern, dass Putin vor den internationalen Gerichtshof gestellt wird, gleichzeitig ist die USA überhaupt nicht Mitglied solcher Institutionen.

Solange amerikanische Bürger:innen nicht vor einem internationalen Gericht angeklagt werden können, ist es unpassend dies von russischen Bürger:innen zu verlangen.

Die NATO ist ein politisches und militärisches Interessenbündnis und kein kollektives Sicherheitssystem.

Die OSZE ist von ihrer Struktur her ein **kollektives Sicherheitssystem**. Es fehlen ihr aber jegliche Ressourcen und Mittel. Es scheint nicht im Interesse der westlichen Länder zu liegen, die OSZE zu stärken.

Was sind denn dann auf die Zukunft gesehen tragfähige internationale Sicherheitssysteme? Frieden kann es nur geben mit einem Weg mit Russland. Was in keiner Weise heißt, dass man Putins Vorgehen verteidigt.

Mehr Waffen schaffen eine Lösung, stellt eine Übersprungshandlung dar. Mehr

**Diplomatie** statt mehr Waffen muss die Antwort sein. Verantwortung für den Krieg trägt Putin allein. Was sind trotzdem die begründeten Anliegen Russlands?

Es ist unser aller Verantwortung, dafür zu sorgen, dass es wieder Frieden gibt. Der Zehn-Punkte-Plan von Istanbul hat immer noch Berechtigung, wenn man einen nachhaltigen Frieden möchte. Es geht nicht um das Siegen. Ein neutraler Status des Ukraine verbunden mit keinerlei Stationierung westlicher Soldat:innen in der Ukraine auf der einen Seite, Sicherheitsgarantien auf der anderen Seite, könnte eine Basis für Frieden in der Region sein.

Wir tun so als würde nur die NATO und die EU den Konflikt lösen können. Finnland und Schweden wären eine Option vor ihrem NATO Beitritt gewesen. Deutschland ist ebenfalls raus durch öffentliche Beschuldigungen Lawrows als Lügner. Welche anderen Staaten könnten verhandeln?

Die Drohung **Atomwaffen einzusetzen** ist sicherlich ernst zu nehmen. Größere Bedrohung stellen jedoch mögliche Unfälle dar, vor allem wenn die Truppen in Alarmbereitschaft sind. Es gibt ein Buch mit mehr als 100 Seiten „comand in controll“, welches Unfälle und beinahe Unfälle auf amerikanischer Seite dokumentiert hat. Auf russischer Seite muss man von ähnlichen Zuständen ausgehen. Unfälle sind das größte Risiko. Die Notfallablaufpläne in den NATO Lehrbüchern gehen an der Realität vorbei. Menschen funktionieren so gar nicht. Die Schwelle des Atomwaffeneinsatzes durch taktische Atomwaffen herabzusetzen, ist eine weitere gefährliche Dynamik. Die Wucht dieser Waffen ist um ein Vielfaches höher als die Hiroshima-Bombe

Die Verpflichtung auf den Verzicht des Ersteinsatzes von Atomwaffen kann jedes Land erklären. Wichtig ist es, dass auch die NATO dort mit gutem Beispiel voran geht.

---

**Themenwünsche an die MSC:**

1. Atomwaffenverbotsvertrag
2. Zivilgesellschaft
  - 2.1 Lokale Konfliktbearbeitungsprozesse im Hinblick auf ihren Einfluss auf Sicherheit
    - Sicherheitsbegriff erweitern
      - und die daraus resultierende (nationale & deutsche) Sicherheitsstrategie
        - auch Sicherheitsrat
        - nicht nur mit westlichen Partnerstaaten, sondern auch auf breiterer Ebene
        - Sicherheit und Frieden zukunftsorientiert denken, statt nur auf aktuelle Konflikte
      - friedensfördernde Weltwirtschaftsordnung
      - militärisch vs. zivilgesellschaftlich
      - gender based violence
  - 2.2. Afrikanische Friedensbewegung
3. Bildungssicherheit
4. Gerechter, fairer Welthandel (Beteiligung von “alternativen” Wirtschaftsvertreter\*innen)
  - 4.1. Konflikt- und gewaltverschärfende Rolle von Macht- und Vermögensungleichheiten
  - 4.2. Nahrungsmittelsicherheit & Rohstoffstrategie
    - eigenständige und regionale Selbstversorgungsstrategie (z.B. Kenia, Tansania, Ruanda)
    - Rohstoffe nicht ausbeuten, sondern nachhaltig, fair und klimaschonend
    - Demokratische, nachhaltige Rohstoffversorgung
    - Intelligentes Recycling und Kreisläufe
5. Russland
  - Auch die Opposition von Russland miteinbeziehen
  - Botschaft senden, dass man mit Russland im Dialog sein will, auf Augenhöhe sprechen
  - falls nicht möglich, durch anderweitige Akteure ermöglichen
  - Partnerstädte nutzen - Berlin, Kiew, Moskau
  - Urban Diplomacy: Städtevertreter:innen einladen, falls russische Regierung nicht teil nimmt
6. Betroffenen-Perspektive auf die MSC holen
  - da die Folgen von z.B. militärischen Handeln auf anderer Ebene ausdrücken
7. Wertediskurs
  - Gemeinsamkeiten identifizieren
  - Sollen westliche Werte durchgesetzt und andere ausgeschaltet werden?
  - Dualismus über “gute” liberale Demokratien und “böse” Autokratien ist zu oberflächlich

8. Friedensgutachten 2022

- Menschen des Kapitels einladen und über weltweite Auswirkungen und Perspektiven für die Deeskalation der Konflikte

9. Die Rolle der OSZE

- Selbstverständnis, Gleichgewicht und Sichtbarkeit stärken
- Sichtbarkeit auf der MSC

**Personen:**

- *Wirtschaft:*
  - Wolfgang Kessler: nachhaltige Wirtschaft
  - Friedensfördernde Wirtschaftsordnung:  
Christian Felber (Gemeinwohlökonomie)  
Nico Paech (Postwachstumsökonomie)
- *Expert\*innen für Länder:*
  - Afrika: Alice Mogwe - The Botswana Center for Human Rights Watch
  - China: Dr. Thomas Heberer
  - Russland: Alexander Libman (Osteuropainstitut FU Berlin)

---

**Anja Ufermann, Vorstand Projektgruppe MSKverändern e.V.**

---